

Der Fluch des Wachstums

Freie Flächen schrumpfen in der Region – mit nachhaltigen Folgen für die Kommunen rund um Laupheim

Von Kai Schlichtermann

LAUPHEIM - Langsam, aber dauerhaft verändert sich das Landschaftsbild rund um Laupheim: Neue Gewerbeflächen und Wohngebiete fressen sich seit Jahren in die Landschaft. In Achstetten, die am schnellsten wachsende Kommune im Landkreis Biberach, sind zahlreiche neue Wohnviertel entstanden. Im vergangenen Juni hat die Gemeinde Mietingen den Bebauungsplan „Hinter den Gärten“ in Mietingen vorgestellt – 5,6 Hektar Bauland. Im Laupheimer Gewerbegebiet Mitte „Erweiterung Nord“ sicherte sich das Unternehmen Kässbohrer ein rund 3 Hektar großes Grundstück für eine mögliche Betriebsvergrößerung. Nicht weniger als eine 31,5 Hektar große Fläche, angeblich bestes Ackerland, wird künftig in Baustetten für Gewerbeansiedlungen genutzt. Und weiter südlich, nördlich von Herrlishöfen, beabsichtigen die vier Gemeinden Schemmerhofen, Maseleheim, Biberach und Warthausen ein 45 Hektar großes Stück Land in ein interkommunales Industriegebiet zu verwandeln. Doch nun wehren sich zunehmend Menschen gegen das endlose Wachstum auf Kosten der Naturflächen.

Bebauter Boden nimmt zu – auch der Widerstand

Obwohl Unternehmen, Arbeitnehmer, Kommunen und Grundstückbesitzer von dem seit Jahren andauernden Wachstum profitieren, regt sich zunehmend Widerstand. Im Gemeinderat Laupheim gab es Gegenstimmen. „Schutzgemeinschaft Risslat“, die dafür eintritt, das jetzige Gebiet zu erhalten und vor den ökologischen Folgen des Betonierens warnt. Sie teilt mit, landwirtschaftlich genutzte Grundstücke im Landkreis Biberach hätten im Zeitraum von 1979 bis 2016 um 11 Prozent abgenommen. Der Landesdurchschnitt liegt im gleichen Zeitraum bei 6 Prozent. 200 Mitglieder hat die Bewegung inzwischen, die dem bundesweiten Bodenschutzbündnis „Gegen Flächenfraß“ beigetreten ist. Zwischen Ulm und Biberach wird politisiert, was sich freier Boden verknappt und dessen Nutzung besser durchdacht werden muss. „Der Landschaftsverbrauch geht zu Lasten der Landwirtschaft“, meint der stellvertretende Vorsitzende des Regionalverbandes Donau-Aller, Martin Samain. Er fordert eine ausgedehnte Koordination der Pla-



Direkt an den Feldern gelegen: das Gewerbegebiet Laupheim Mitte mit der Erweiterungsfläche Nord.

Foto: xsc

nenutzung nicht nur rund um Laupheim, sondern auch im gesamten Einzugsgebiet des Regionalverbandes, der fast 5460 Quadratkilometer umfasst. Der Verband plant den ländlichen und städtischen Raum für Ulm, Memmingen und die Landkreise Alb-Donau, Biberach, Günzburg, Neu-Ulm und Unterallgäu. „Entscheidend ist die Frage: Wo wollen wir Gewerbe ansiedeln und wo nicht? Jeder Einzelfall ist zu prüfen und bereits ausgewiesene Flächen sollten wir optimal nutzen“, sagt Martin Samain. Mit dieser Konzentrationsstrategie vermeide man ineffiziente Nutzung von Land. Dazu komme es, wenn Gemeinden und Städte um Unternehmen konkurrieren und äußerst günstige Grundstücke anbieten. Daher plädiert er für interkommunale Gewerbegebiete. Mit solchen Projekten könnten Kommunen ihre wirtschaftlichen Interessen bündeln und die Ressource Boden sinnvoll verwenden. Ende Juli hat die Versammlung des Regionalverbandes, in der Oberbürgermeister, Landräte und Abgeordnete der Kreistage sitzen, den neuen Regionalplannentwurf gebilligt. Darin wird die Flächenutzung auch in der Region Laupheim für die kommenden Jahre verbindlich festgelegt. Im Herbst soll der neue Regionalplan in den Kommunen diskutiert werden. Nach den Worten Martin Samains ermögliche das Konzept eine „Balance zwischen

ökologischem Schutz und wirtschaftlichem Wachstum“.

Wohnen auf der grünen Wiese oder Ortskerne wiederbeleben? Die Expansion von Wohnbereichen in den Griff zu bekommen, scheint hingegen schwieriger zu sein. Die Gemeinden und Städte versuchen möglichst schnell. Gemeinsam auszuweisen, auf denen Eigenheime entstehen sollen. Doch wie das geschieht, ist unter Experten umstritten. Martin Samain stellt fest,

„Der Landschaftsverbrauch geht zu Lasten der Landwirtschaft.“

Martin Samain, stellvertretender Vorsitzender des Regionalverbandes Donau-Aller

das Neubaugebiete viel Platz benötigen und die Zersiedlung vorantreiben. „Gleichzeitig veröden die Ortskerne, weil auch Einkaufszentren und andere Angebote auf die grüne Wiese wandern.“ Ein Treiber dieser Entwicklung ist sicherlich unter anderem Paragraf 13b des Baugesetzes, der ein beschleunigtes und vereinfachtes Verfahren von Bebauungsplänen für Wohngebäude auf Bauland erlaubt. Vorerst gilt das Ge-

setz noch bis zum 31. Dezember 2019. Martin Samain glaubt, eine Nachverdichtung in Stadtzentren, also eine Belegung von Brachflächen und ungenutzten Gebäuden als Wohn- und Arbeitsraum, könne den Flächenverbrauch vermindern. „Das belebt auch den historischen Mittelpunkt von Gemeinden.“

Dem stimmt auch Bernhard Osterburg zu. Er ist Leiter der Stabsstelle Klima und Boden am Thünen-Institut in Braunschweig, das sich mit der Erforschung ländlicher Räume, Wald und Fischerei beschäftigt. Osterburg schlägt vor, der Gesetzgeber müsse den Kommunen Vorkaufsrechte für Immobilien und Grundstücke gewähren, damit diese den städtischen Raum gestalten können. Denn oftmals würden potentielle Bauflächen in Städten blockiert. Staatliche Quoten für Bauland wäre eine andere Möglichkeit, den Konsum von Boden unter Kontrolle zu halten. Doch welche ökologischen Folgen hat die zunehmende Bebauung in den Ortszentren? „Stark versiegelte Flächen verhindern die Speicherung von Regenwasser in den Böden. Der Puffer fehlt, wenn es sehr stark regnet“, sagt Bernhard Osterburg. Martin Samain erklärt, „Luft und Boden sind permanent in einem Austausch. Der Boden hat eine Filterfunktion. Hochversiegelte Flächen, wie zum Beispiel Straßen, reichen diesen Austausch ab.“ Wichtig

sei es, ökologisch sensible Bereiche wie Streuobstwälder und Waldsäume zu schützen. Andererseits kann ein aufgelockertes Wohngebiet mit üppigen, artenreichen Gärten ökologisch wertvoller sein als ein Acker mit Getreide-Monokulturen. Dort, wo Städte dicht und mehrstöckig bauen, kann „der Kalkfluß-Zufluss behindert werden“, sagt Bernhard Osterburg. Ein Kompromiss zwischen Bebauung und Natur sei gleichwohl möglich: Dachgärten und Begrünung in Gewerbegebieten seien denkbar.

Genau damit werben die Initiatoren des interkommunalen Industriegebiets Risslat: Wenn die Fläche ausreichend begrünt ist, habe sie auch ökologischen Wert. Allerdings will die Bürgerinitiative hart bleiben. „Wir wollen einen Bürgerentscheid gegen das Gewerbegebiet anstrengen. Allerdings müsste die Abstimmung in den vier betroffenen Kommunen stattfinden. Wir wissen jetzt schon, dass wir die nötige Stimmenzahl für den Bürgerentscheid nicht erzielen können“, sagt Alfred Schlänscher, erster Vorsitzender der Bürgerinitiative „Schutzgemeinschaft Risslat“.

Der Entwurf des neuen Regionalplans im Internet: <http://www.rvdi.de/regionalplanfortschreibung/downloads>